

Gewalt gegen ältere Frauen: Über die Hälfte der Opfer über 60 Jahre!

Am 5. März 2025 mahnen Frauenhäuser in Wien zu Gewalt gegen ältere Frauen; mehr als die Hälfte der Femizid-Opfer 2024 über 60 Jahre.

Wien, Österreich - Wien steht in den Schlagzeilen, während die Autonomen Österreichischen Frauenhäuser (AÖF) kürzlich erschreckende Statistiken zur Gewalt gegen ältere Frauen vorgestellt haben. Vor dem Internationalen Frauentag am 8. März wiesen die AÖF in einer Pressekonferenz darauf hin, dass im Jahr 2024 von insgesamt 27 Opfern von Tötungsdelikten, die mit häuslicher Gewalt in Verbindung stehen, 14 Personen über 60 Jahre alt waren. „Das sind zum ersten Mal seit fünf Jahren mehr als die Hälfte“, stellte Maja Markanović-Riedl, die Geschäftsführerin der AÖF, fest, was als alarmierender „Höchststand“ beschrieben wird. Die Daten stammen aus einer eigenen Erhebung der AÖF über die letzten fünf Jahre.

Laut Markanović-Riedl haben Frauen in der Altersgruppe ab 60 Jahren oft Schwierigkeiten, Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen. Obwohl häusliche Gewalt Frauen jeden Alters betrifft, sind ältere Frauen besonders gefährdet, da starre Geschlechterrollen und Altersdiskriminierung zusammenkommen. Weniger als acht Prozent der Anruferinnen bei der Frauenhelpline waren in den letzten zwei Jahren über 60 Jahre alt, und in den AÖF-Häusern sind sogar nur zwei Prozent der Bewohnerinnen Teil dieser Altersgruppe. Ein dringender Handlungsbedarf sei daher notwendig, um diesen Missstand zu bekämpfen, wie die AÖF betonten.

Dringende Maßnahmen gefordert

Künftige Schritte müssen auch den Gewaltschutz für ältere Frauen in den Fokus rücken, wie im aktuellen Regierungsprogramm verankert ist. An diesem Punkt gab es Zustimmung von Markanović-Riedl, die zudem einen Nationalen Aktionsplan zum Gewaltschutz sowie eine bessere Dokumentation von Femiziden auf staatlicher Ebene forderte. Diese Maßnahmen könnten dazu beitragen, das Bewusstsein für die Gefährdung älterer Frauen zu schärfen. Auch aufgrund gestiegener Aggressionen, etwa durch den Verlust des sozialen Status bei Pensionierungen oder durch gesundheitliche Probleme, sieht Markanović-Riedl und ihre Kollegen die Notwendigkeit, gezielt Pflegeinstitutionen und das Gesundheitswesen in die Aufklärung einzubeziehen.

In einem anderen aktuellen Thema hat die neue Bundesregierung in ihrer Sitzung unter anderem einen Mietpreisstopp in bestimmten Bereichen beschlossen. Dies wird als Teil der Budgetmaßnahmen gesehen, die jetzt in den Nationalrat eingebracht werden sollen. Sowohl die Mietpreispolitik als auch die alarmierende Statistik zur Gewalt gegen ältere Frauen unterstreichen die Herausforderungen, vor denen die neue Regierung gegenübersteht, wie auch **finanzen.at** bestätigte.

Details	
Vorfall	Tötungsdelikte
Ursache	häusliche Gewalt
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.5min.at • www.finanzen.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at